

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 26. Januar 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **M 295 Motion Sager Urban und Mit. über einen Planungsbericht «Selektion an der Volksschule» / Bildungs- und Kulturdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Urban Sager hält an seiner Motion fest.

Urban Sager: In seiner Stellungnahme führt der Regierungsrat aus, dass vor rund drei Jahren ein Planungsbericht über die weitere Entwicklung der Volksschule, der Gymnasien und der Berufsbildung diskutiert und angenommen worden sei. Darin waren Themen der Selektion enthalten. Der Regierungsrat führt diese auf: flexible Einschulung, Flexibilisierung des 9. Schuljahres, summatives Beurteilen inklusive Entscheid über künftige Beurteilungen und sehr allgemeine Ausführungen in Bezug auf Chancengerechtigkeit bezüglich Selektion. Die Schlussfolgerung der Regierung lautet, dass das reicht. Die weiteren Ausführungen des Regierungsrates gehen vor allem auf grosse strukturelle Veränderungen ein, sollte das Langzeitgymnasium aufgehoben werden. Das ist im Rahmen des von mir geforderten Planungsberichts, wenn überhaupt, nur am Rande ein Thema. Ich finde es an der Grenze zur Redlichkeit, das zum zentralen Argument der Ablehnung zu machen. Die Motion fordert nämlich einen Planungsbericht zur Selektion an der Volksschule. Es geht darum, dass wir die Entwicklung der Selektion in Luzern und alternative Modelle davon darstellen. Zudem sollen Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Selektionsprozesses aufgezeigt werden, mit dem Ziel, die Chancengerechtigkeit zu erhöhen und bessere Zuweisungsentscheide zu treffen. Die Forderung geht über die konkreten Massnahmen hinaus, die wir im Baustein des Projekts «Schulen für alle» vorfinden. Eine umfassende Darstellung des Themas für den Kanton Luzern wäre insofern angezeigt, als dass es sie noch nicht gibt. Es geht auch nicht darum, das Langzeitgymnasium abzuschaffen. Selbstverständlich ist das ein Teil der Diskussion, weil wir an der Stufe zum 7. Schuljahr eine harte Selektion vornehmen. Aber ob das so entschieden und das Langzeitgymnasium abgeschafft werden muss, steht auf einem anderen Blatt, vor allem, weil dieser Planungsbericht von unserem Rat diskutiert werden müsste. Deshalb sind eine saubere Auslegeordnung und eine breite politische Diskussion angezeigt. Im Sommer vor zwei Jahren war dieses Thema sehr aktuell, als die Stadt Luzern die Noten abschaffen wollte. Damals haben sich alle für dieses Thema interessiert. Meine Motion will eine sachliche, fundierte Diskussion über die Möglichkeiten der Selektion als Diskussionsgrundlage für weitere Entscheide. Ich bin überzeugt, dass dies die notwendige Grundlage ist, um diese Prozesse diskutieren und wegweisende Entscheide für die Zukunft fällen zu können. Ich bitte Sie daher, der Erheblicherklärung zuzustimmen, damit die Regierung einen entsprechenden Planungsbericht erarbeitet. Nur so erhält unser Rat die nötigen Grundlagen, um fundiert und

gemeinsam in aller Ruhe darüber zu diskutieren und entscheiden zu können, wie wir das kantonale Schulsystem in Bezug auf die Selektion weiterentwickeln wollen.

Tobias Käch: Als Kind sass ich ab und zu im Schulzimmer und habe mich gefragt, wohin mich mein Weg führen wird. So geht es wohl auch heute Kindern, je älter sie werden. Wir alle wollen, dass dieser Weg offen ist und bleibt und die Volksschule Chancen öffnet und nicht Türen schliesst. Dabei stellt die Selektion an der Volksschule ein entscheidendes Thema dar. In der Absicht, mehr Informationen zu diesem zu erhalten, haben einige von uns diesen Vorstoss mitunterzeichnet. Ein Teil der Antworten wurde uns bereits mit der Stellungnahme des Regierungsrates geliefert und ein weiterer Teil mit der Bearbeitung der sogenannten Bausteine in Aussicht gestellt. Da insbesondere die Qualität der Zuweisungen sehr hoch ist und weitere Antworten folgen, verlangt die Mitte-Fraktion keinen weiteren Bericht dazu und lehnt die Motion wie vom Regierungsrat beantragt ab.

Ramona Gut-Rogger: Der Zeitpunkt der Selektion an der Volksschule im Kanton Luzern ist seit mehreren Jahren ein kontrovers diskutiertes Thema. Die Quoten der Übertritte von der Primarschule zur Sekundarstufe I in die Niveaus A, B oder C oder ans Langzeitgymnasium sind sehr unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich sind die Meinungen über Sinn und Unsinn der frühen Selektion. Nebst pädagogischen Überlegungen sind auch infrastrukturelle Überlegungen ins Feld zu führen. Die Gemeinden und der Kanton verfolgen langfristig angelegte Immobilienstrategien. Alle diese Strategien würden obsolet und beim Kanton längst erstellter Schulraum überflüssig. Im Gegenzug hätten die Gemeinden noch grösseren Bedarf an zusätzlichem Schulraum. Anlässlich des Lustat-Meetings wurde das Bevölkerungswachstum des Kantons Luzern vorgestellt. Die demografische Entwicklung bringt grosse Herausforderungen mit sich. Diese dynamischen Entwicklungen sollen aus Sicht der FDP-Fraktion nicht mit zusätzlich tief greifenden Veränderungen angereichert werden. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Motion einstimmig ab.

Irina Studhalter: Ich verstehe den Widerstand gegen einen solchen Planungsbericht nicht. Es ist uns allen klar, dass die Selektion in unterschiedliche Leistungskategorien der Bildungs- und Chancengleichheit entgegenwirkt. Vielleicht stört das die einen von uns etwas mehr als die anderen. Grundsätzlich stört das aber wohl alle. Der Regierungsrat zählt auf, wo die Selektion bereits thematisiert, reflektiert und diskutiert wurde. Das ist ja super. Wo liegt also das Problem, wenn man das Ganze auf übergeordneter Ebene systematisch prüft? Es wäre ein klarer Vorteil, wenn die verschiedenen Sachlagen, Möglichkeiten und die Vor- und Nachteile gesammelt, fachlich eingeordnet und reflektiert würden, um danach einen faktenbasierten Weg einzuschlagen. In diesem Sinn stimmt die Grüne Fraktion der Erheblicherklärung zu.

Angelina Spörri: Die Motion fordert einen Planungsbericht zur Selektion an der Volksschule. Die Frage zur Selektion an der Volksschule ist von zentraler Bedeutung in Bezug auf die Chancengerechtigkeit in unserem Bildungssystem. Gerade weil die Volksschule alle Kinder und Jugendlichen vom Kindergarten, der Basisstufe bis zur 9. Klasse begleitet, ist es nötig, die bestehenden Selektionsmechanismen immer wieder kritisch zu beleuchten und ihre Weiterentwicklung auf einer breiten, wissenschaftlich fundierten Basis zu diskutieren. Die Frage, ob Kinder bereits mit 12 Jahren und während der Pubertät auf unterschiedliche Bildungswege verteilt werden sollen, muss aus Sicht der GLP-Fraktion genau geprüft werden. Die frühe Selektion ist zumindest pädagogisch fragwürdig, da Talent und Fähigkeiten in diesem Alter noch nicht immer verlässlich erkennbar sind. Sie verstärkt soziale Ungleichheiten, setzt Kinder unter teils enormen Druck und führt dazu, dass viele Begabungen unentdeckt bleiben. Ein späterer Selektionspunkt erlaubt eine gerechtere und fundiertere Einschätzung, eröffnet mehr Chancen für eine individuelle Potenzialentfaltung und stärkt somit auch die Fachkräftebasis unserer Wirtschaft. Der Regierungsrat verweist in

seiner Stellungnahme auf den Planungsbericht B 127 und die laufenden Projekte im Rahmen von «Schulen für alle». Diese Arbeiten sind wichtig, doch sie greifen die spezielle Frage der Selektion nicht in der nötigen Tiefe auf. Die Motion verlangt keinen Ersatz der bestehenden Strategien, sondern eine gezielte Vertiefung: Wie haben sich die Selektionspraktiken im Kanton Luzern entwickelt? Welche Alternativen bestehen? Wie können wir sicherstellen, dass die Zuweisungsentscheide tatsächlich gerecht und nachvollziehbar erfolgen? Wir sind überzeugt, dass ein eigener Planungsbericht zur Selektion einen Mehrwert schafft. Er ermöglicht eine transparente Aufarbeitung der bisherigen Praxis, eine Diskussion über alternative Modelle und eine Einbettung von aktuellen, erziehungswissenschaftlichen und entwicklungspsychologischen Erkenntnissen. Damit erhalten wir eine solide Grundlage, um die Selektionsprozesse so weiterzuentwickeln, dass der individuelle Bildungsweg möglichst allen Kindern gerecht wird und so die Chancengerechtigkeit stärkt. Die GLP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu.

Stephan Dahinden: Die SVP-Fraktion teilt die Einschätzung des Regierungsrates. Ein zusätzlicher Planungsbericht schafft keinen Mehrwert und somit lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab. Die bestehenden Herausforderungen im Bereich der Volksschulen sind bekannt, werden bereits bearbeitet und lassen sich mit einem Bericht nicht lösen. Ein neuer Planungsbericht würde lediglich zusätzlichen administrativen Aufwand erzeugen, ohne erkennbaren Nutzen für die Schulen, die Lehrpersonen und insbesondere die Schülerinnen und Schüler. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme klar auf, dass die relevanten Themen bereits im Planungsbericht B 127 umfassend behandelt wurden und dass diese mit den bestehenden Bausteinen weiterentwickelt werden können. Es ist daher völlig unklar, welchen zusätzlichen Beitrag ein weiterer Bericht leisten soll, wer ihn tatsächlich liest und inwiefern daraus überhaupt umsetzbare Massnahmen entstehen würden. Bei uns entsteht der Eindruck, dass es sich dabei primär um Symbolpolitik handelt. Symbolpolitik, die einzelnen Interessengruppen dient, aber nicht den Kindern und Jugendlichen. Die Prioritäten sollten aus Sicht der SVP klar anders gesetzt werden: Stärkung der Klassenlehrpersonen, Konzentration auf die Vermittlung der Grundkompetenzen, Sicherstellung eines leistungsorientierten und verlässlichen Schulsystems. Dazu braucht es keinen zusätzlichen Planungsbericht, sondern eine konsequente Umsetzung und klar gesetzte Schwerpunkte.

Urban Sager: Zum Vorwurf der Symbolpolitik, Stephan Dahinden, und zur erschreckenden Aussage, wer diesen Bericht lesen sollte: Von Ihnen würde ich schon erwarten, dass Sie ihn lesen. Der Bericht wäre auch die Diskussionsgrundlage für unseren Rat. Wir lesen diese Berichte, damit wir eine Basis haben, um darüber zu diskutieren. Aber auch, um keine Symbolpolitik zu betreiben und uns während dem Sommerloch darüber zu empören, dass eine Gemeinde Noten abschafft und eine völlig unsachliche Diskussion vom Zaun zu reissen. Dafür wäre dieser Bericht gedacht, damit wir fundiert über dieses Thema diskutieren können und uns nicht in Symbolpolitik verlieren.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Urban Sager, soeben haben Sie Ihre eigene Forderung etwas stark verwässert, das erlaube ich mir zu sagen. Aufgrund Ihrer Wortmeldung bin ich plötzlich gar nicht mehr so sicher, was Ihr Ziel ist. Ausgangspunkt dieses Vorstosses ist wahrscheinlich die Konferenz, an der wichtige Fragen besprochen wurden und das Thema Selektion insbesondere aus dem Schulfeld selbst immer wieder ins Feld geführt wurde. Tatsache ist, dass es diesen Planungsbericht gibt. Die Regierung hat sich zu allen Schnittstellen der Volksschule geäußert und dargelegt, welche Fragen sie im Rahmen des Projekts «Schulen für alle» behandeln will. Diese Themen und Antworten werden in einem breiten Prozess erarbeitet und verschiedene Fragen stehen kurz vor der politischen Diskussion. Irina

Studhalter, wo liegt das Problem? Das Parlament hat uns diesen Auftrag bestätigt und die Arbeiten wurden über Jahre gemacht. Ein solcher Planungsbericht wäre ein kompletter Querschlager und würde die ganze Arbeit entweder bestätigen oder komplett infrage stellen. Mein Vorgänger hat im Rahmen der Behandlung des Planungsberichts explizit dazu aufgerufen, diese Fragen zu stellen und zu beantworten. Sie haben sich nur wenig dazu geäußert. Ich sass damals noch auf der anderen Seite. Es war relativ ruhig, das Parlament hat die Absichten der Regierung bestätigt und in diese Richtung wurde gearbeitet. Selbstverständlich ist das Thema der Schnittstelle zur Oberstufe ein zentrales Thema, wenn auch nicht das einzige. Dort wären die Auswirkungen am grössten. Ramona Gut-Rogger hat das sehr treffend beschrieben und auf den riesigen Investitionsbedarf und die wesentlichen Veränderungen der Finanzströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden hingewiesen. Das hätte auch regional grosse Konsequenzen und Standorte müssten geschlossen werden. Es ist ein wichtiges Thema, aber nicht das einzige, Urban Sager, da gebe ich Ihnen recht. Die Antworten sind unterwegs, einige konnten wir in der Stellungnahme bereits liefern. Das hat Tobias Käch gut erklärt. Andere sind unterwegs, beispielsweise das Thema flexible Einschulung, darüber gab es in diesem Rat schon mehrere Vorstösse oder die Flexibilisierung des 9. Schuljahrs. Das ist das Paket, das politisch am weitesten ist und das wir bald vorstellen werden und bei dem wir die Partizipation insbesondere mit der Wirtschaft bereits durchgeführt haben. Die Antworten sind bereit, «Schulen für alle» ist das richtige Instrument. Wir brauchen keinen zusätzlichen Planungsbericht, der in der Tiefe unklar und auch für uns schwierig zu erarbeiten wäre. Deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Der Rat lehnt die Motion mit 75 zu 33 Stimmen ab.